

Parlament lässt die Bettwiler hängen

Grosser Rat Gescheiterter Versuch, Regierung auf Oppositionskurs zur Asylunterkunft zu zwingen

VON URS MOSER

Aus dem bürgerlichen Lager hagelt es zwar Kritik am Vorgehen von Bund und Kanton, dennoch erhält Bettwil vom Grossen Rat keine Unterstützung im Widerstand gegen die Bundesunterkunft für Asylsuchende.

Diese wollte die SVP-Fraktion erzwingen. Ihr Postulat würde den Regierungsrat verpflichten, sich beim Bund mit allen Mitteln gegen die Eröffnung der Asylunterkunft zu wehren. Wohl stimmte gestern eine Mehrheit des Parlaments für die dringliche Behandlung des Begehrens, mit der die Regierung noch rechtzeitig zum Kurswechsel hätte gezwungen werden können. Das dafür nötige Quorum von 90 Stimmen wurde aber um sechs Stimmen verpasst. Ganz klar, mit 101 gegen 32 Stimmen, wurde auch einer Motion von Flurin Burkard (SP, Waltenwil) die Dringlichkeit verwehrt. Sie verlangt eine Abgeltung für Gemeinden, in welchen die Zahl der einquartierten Asylbewerber ein Prozent der Bevölkerung übersteigt.

Im Interesse des Kantons

Landammann Urs Hofmann legte vor dem Parlament noch einmal die Haltung der Regierung dar, die zum

Einverständnis zur Einrichtung der Bundesunterkunft in Bettwil führte. Der Regierungsrat habe wiederholt eine Beschleunigung der Asylverfahren und eine konsequentere Durchsetzung der Rückübernahmeabkommen gefordert. Zentrale Bundesunterkünfte für neu ankommende Asylbewerber brauche es aber jetzt sofort. Deshalb habe der Regierungsrat beschlossen, die befristete Nutzung der Militäranlage in Bettwil zu unterstützen: Weil er erstens seine Verantwortung bei der Erfüllung einer Verbundaufgabe wahrnehmen wolle. Und weil es zweitens im Interesse des Kantons liege, dass möglichst viele so genannte Dublin-Fälle und Nichteintretens-Entscheide erledigt werden können, bevor die Asylbewerber im laufenden Verfahren den Kantonen zugeteilt werden.

Für die SVP zählen diese Argumente nicht. «Der Regierungsrat macht sich zum willfähigen Vollstrecker für eine völlig überforderte Bundesrätin», so Fraktionspräsident Andreas Glarner (Oberwil-Lieli). Seine Aufga-

be sei es aber, sich für Land und Leute im eigenen Kanton einzusetzen.

Viel Vertrauen zerstört

Kritik kam nicht nur aus den Reihen der SVP. Auch Alexandra Abbt (CVP-BDP, Islisberg) warf dem Regierungsrat «vorausseilenden Gehorsam» vor. Es sei nicht Sache des Kantons, für Versäumnisse des Bundes zu büssen. Gemessen am Bedarf seien Unterkünfte wie die geplante in Bettwil zu klein und ineffizient, für die 560-Seelen-Gemeinde Bettwil sei die Unterbringung von 140 Asylsuchenden ein «Verhältnissblödsinn». Regierungsrätin Susanne Hochuli müsse beim Bund Druck machen, damit er bessere Lösungen suche und auf den Standort Bettwil verzichte.

Weniger klar ist der Positionsbezug der Freisinnigen. Herbert H. Scholl (Zofingen) kritisierte zwar auch die ungenügende Vorbereitung des Bundes auf die Situation und die «wenig sensible, schlecht vorbereitete Information» der Bettwiler Bevölkerung. «Ein sorgfältigeres Vorgehen

hätte weniger Vertrauen zerstört», so Scholl. Dennoch wollte er nicht in den Reigen einstimmen, den Regierungsrat zu einer Kehrtwende und Opposition gegen die Asylunterkunft zu zwingen. Das erwarte man von der Regierung aber dann, wenn noch nicht abschliessend geklärt sei, was zu Betriebskonzept und Sicherheitsdispositiv nicht zur vollen Zufriedenheit beantwortet würden.

Den Kontrapunkt in der Diskussion setzte Dieter Egli (SP, Windisch). Was in den letzten Tagen abgegangen ist, sei «beschämend» für den Aargau. Das an die Wand gemalte Bild von der Zerstörung eines Paradieses auf dem Land sei «grotesk». Wie auch immer der Bund in den Vollzugsnotstand in der Asylpolitik geraten sei: Man habe jetzt die Pflicht, zur Lösung des Problems unter Wahrung rechtsstaatlicher Verfahren beizutragen. Das sieht Martin Köchli (G, Boswil) zwar gleich. Die Grünen schlagen für künftige Notsituationen aber auch eine bessere Lösung vor: Der Aargau soll mit einer Standesinitiative vom Bund verlangen, dass er Kasernen und andere, ohne bauliche Massnahmen sofort bezugsbereite Militäreinrichtungen für die Unterbringung von Asylbewerbern zur Verfügung stellt.



Grossrat Martin Köchli. JASMIN MORGAN

Einer gegen viele

Asylunterkunft Der Grüne Grossrat Martin Köchli aus Boswil ist einer der Wenigen, die eine Asylunterkunft in Bettwil unterstützen. Das aber auch nur unter Vorbehalten.

Köchli nahm von 1978 bis 1983 als junger Bauer an einem Entwicklungsprojekt im damaligen Zaïre teil. Dies war eine Reaktion auf die pingeligen Kontrollen und die Überschüsse, die in der Schweiz herrschten. «In Wohlstand bemängelte man damals die Qualität meiner Kartoffeln. Obwohl diese einwandfrei essbar gewesen wären, wurden sie wegen Kleinigkeiten nicht akzeptiert», erzählt der Bauer. Das war dem heute 62-jährigen zu viel und er ging dort bauern, «wo die Menschen hungerten».

Daher weiss er, wie die Afrikaner ticken, und er meint, man könnte auch 140 von ihnen in Bettwil aufnehmen. Das aber auch nur, wenn man ihnen eine Beschäftigung gibt. «Sie müssen in Bettwil Perspektiven aufgezeigt bekommen, sodass sie motiviert sind, auch wieder in ihre Heimatländer zurückzukehren. Man muss diesen Menschen auf die Beine helfen, ihnen aber auch Beine machen», sagt Köchli.

Bettwiler «Büetzer» sind Vorbilder

Er weiss, wovon er spricht, denn er hatte immer wieder ausländische Praktikanten auf seinem Hof. Diese kamen aus Osteuropa und aus Afrika. «Gegen hundert Personen habe ich schon angestellt, die jeweils drei bis vier Monate auf unserem Hof arbeiteten», schaut der Boswiler zurück.

Köchli sieht in Bettwil einen optimalen Standort, um den Asylsuchenden aufzuzeigen, dass man mit engagierter Arbeit viel erreichen kann. «Wenn man in Bettwil den Asylsuchenden Ausbildungs- und Beschäftigungsprogramme, die professionell ausgearbeitet wurden, präsentieren würde, könnte man ihnen im Dorf Anschauungsunterricht geben», so der Grossrat. Denn er sieht in der Gemeinde optimale Voraussetzungen. Er meint, die Bettwiler seien Vorbilder, was ihr Engagement betrifft. «Diese Leute gehen (ad Säck), sie nehmen ihre täglichen Aufgaben mit Freude an», schwärmt der Bauer. Die Asylsuchenden würden dann sehen, dass Wohlstand mit Arbeit verbunden ist.

Kein Würdeverlust bei Handarbeit

Eines der grössten Probleme bei seiner Idee sieht Köchli bei der Würde der Afrikaner: «Die Asylsuchenden dürfen keine Angst haben, sich ihre Hände schmutzig zu machen. Sie verlieren dabei ihre Würde nicht. Aber das muss man ihnen zuerst klarmachen.» Der Grossrat ist überzeugt, dass die Afrikaner nur in ihre Heimat zurückkehren und auch dort bleiben, wenn sie Geld und Wissen mitbringen. «Sonst kommen sie wieder. Man muss ihnen helfen, sich eine einfache Existenz in der Heimat aufzubauen. Um dort zu bauern, reicht eine Ausrüstung von 80 Franken pro Person. Das Land ist ja vorhanden», erklärt der Biobauer.

Die Idee, den Asylsuchenden eine Aufgabe zu geben, ist nicht neu. «Man muss es ihnen aber pädagogisch beibringen und nicht einrichten. Sonst funktioniert es nicht», weiss Köchli. Dass die Umsetzung nicht einfach zu realisieren ist, ist auch dem Landwirt klar. Es ist aber logisch, dass die Männer eine Beschäftigung brauchen. «Wir müssen das Leben der Leute mit Sinn füllen», sagt der Politiker abschliessend. (AHU)



30 Bettwiler Einwohner verteilten gestern Morgen vor dem Grossratsgebäude Flugblätter an die verschiedenen Grossräte.

EMANUEL FREUDIGER

Die Angst treibt die Bettwiler nach Aarau

Friedliche Aktion Rund 30 Bettwiler protestierten gestern vor dem Grossratsgebäude. Sie verteilten Flugblätter und baten die Aargauer Grossräte um Mithilfe im Kampf gegen die geplante Asylunterkunft.

VON ADRIAN HUNZIKER

«Ich bin ein junger Familienvater. Wir wohnen seit fünf Jahren in Bettwil und haben uns ein Haus gebaut. Ich kenne viele Familien, die Angst davor haben, 140 Asylsuchende aufzunehmen», erklärt der Bettwiler Benno Zimmermann. Er pilgerte gestern mit rund 30 anderen Einwohnern vors Grossratsgebäude.

Die Angst vor einer ungewissen Zukunft trieb auch die anderen Protestierenden nach Aarau. Die Bettwiler wollen mit aller Macht verhindern, dass ihre Gemeinde mit Asylsu-

chenden überhäuft wird. «Wir sind heute auch hier, um die beiden eingereichten Motionen zu unterstützen. Wir tun das friedlich mit Flugblättern und ohne Plakate», äusserte sich Peter Brüttsch, Gemeinderat aus Bettwil.

Keine Steuergelder verprassen

Mithilfe des Flugblattes forderten die Bettwiler die Grossräte unter an-

derem auf, keine Steuergelder in eine militärische Unterkunft zu stecken, die sich «in einem äusserst desolaten Zustand befindet». «Wir denken, dass wir diesen Aufforderungen mehr Gewicht verleihen können, wenn wir heute hier erscheinen und im Grossen Rat unsere Interessen vertreten», so Gemeinderat Brüttsch. Er war immerhin erleichtert, dass tags zuvor zugesichert wurde, dass

wenn sich die Asylunterkunft nicht verhindern lässt, sie nur sechs Monate in Bettwil bleibt. «Aber der Unmut über das Ausmass von 140 Asylsuchenden ist natürlich weiter da», sagte der Gemeinderat.

Ein Kompromiss wird gesucht

Die Bettwiler sind noch immer wütend, dass sie von Bund und Kanton so schlecht informiert wurden. «Wir wurden ohne zu fragen vor vollendete Tatsachen gestellt. Das geht so nicht. Darum versuchen wir hier nun einen Kompromiss zu finden», gab Zimmermann Einsicht in seine Gefühlslage.

Er, der Vater von zwei Kindern (1,5 und 2,5 Jahre alt), würde sich mit einer anderen Anzahl an Asylsuchenden eher zufrieden geben: «Zwei oder drei Familien aufnehmen ist doch kein Problem. Aber 140 Männer ist eine Riesenmenge. Da kann niemand garantieren, dass nichts passiert – in keinerlei Hinsicht.»

■ UNTERKUNFT: HAT ES UNTERIRDISCH PLATZ?

Der **SVP-Grossrat Clemens Hochreuter** absolviert derzeit auf dem Gelände der geplanten Asylunterkunft in Bettwil seinen **sanitären Bereich** wie auch bei den **Heizungen** bedarf es einiger Verbesserungen. Hochreuter kann nicht beurteilen, ob der vorhan-

den Baracken: «Der Zustand der Liegenschaften ist derzeit ganz klar nicht geeignet, 140 Personen aufzunehmen. Im **sanitären Bereich** wie auch bei den **Heizungen** bedarf es einiger Verbesserungen.» Hochreuter kann nicht beurteilen, ob der vorhan-

dene Platz reicht, um alle 140 Asylsuchenden unterzubringen. «Ich weiss nicht, ob es **unterirdisch** noch **Unterbringungsmöglichkeiten** gibt. Zudem müsste das Sicherheitsdispositiv unbedingt ausgebaut werden», so der «Kadi». (AHU)